



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/148

23. Oktober 1949

Schumacher zum Oststaat

(sp) Die Vorstandssitzung der SPD am 22. Oktober in Bonn wurde mit einem kurzen Referat des Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher über Fragen der allgemeinpolitischen Situation, in Sonderheit des Verhältnisses zwischen Ost- und Westdeutschland eingeleitet, aus dem wir im folgenden einige wesentliche Stellen wiedergeben.

Ausgehend von dem fatalen Ergebnis der Pariser Konferenz stellte Dr. Schumacher zunächst fest, dass die westlichen Demokratien sich seinerzeit ihrer grossen Chance einer offensiven Politik für das Linsengericht einiger sowjetischer Versprechungen wenn nicht ganz begeben, so sie doch auf Eis gelegt und damit ausserordentlich vermindert hätten. Vor allem hätten die Franzosen sich nach einem kurzen Intermezzo auf die alte Linie der Begünstigung der deutschen Spaltungspolitik zurückgezogen und auch Bevin habe sich in verschärfter Weise antideutsch gezeigt.

Übergehend zu den Problemen, die für die Gründung des ostdeutschen Satellitenstaates aufgeworfen sind, erklärte Schumacher, man könne diesen Staat nicht ohne weiteres mit dem relativ selbständigen westdeutschen Staat vergleichen. Er nannte drei Elemente als unerlässlich für jede echte Staatenbildung: Das Territorium, das Volk und den Willen zum Staat. Gerade dieser dritte Bestandteil habe aber bei der Ostgründung gefehlt. Man habe das Volk weder nach dem "Ob", noch nach dem "Wie" gefragt.

Die westdeutschen Beziehungen zum Oststaat seien prinzipiell nicht völkerrechtlicher Natur - deshalb auch die sozialdemokratische Auffassung, die gesamtdeutschen Fragen sollten nicht einem eigenen Bundesministerium, sondern einer besonderen Abteilung des

Innenministeriums anvertraut werden.

Vor allem auch die Handelsverträge zwischen Westen und Osten tragen nach Schumachers Auffassung binnenwirtschaftlichen Charakter, aber die Regierung sei verpflichtet, soweit die Dinge in ihren Befugnisbereich fallen, wirklich zu regieren und das Parlament sei verpflichtet zu kontrollieren. Keineswegs dürfe ein so wichtiges Aufgabenfeld allein von der Bürokratie bestellbar werden.

Nach Dr. Schumacher hat die Plenarsitzung des Bundestages am letzten Freitag, die sich mit dem Oststaat und der Berlin-Frage befasste und der drei Unterredungen Schumachers mit dem Bundeskanzler vorausgingen, vor allem auch auf das dringende Ersuchen der SPD hin stattgefunden. Er habe in der Erklärung Dr. Adenauers aber einen Hinweis darauf vermisst, dass die Bundesregierung bereit sein werde, Berlin künftig so zu behandeln, "als ob" es ein zwölftes Land der Bundesrepublik sei und auch eine Bemerkung über die beabsichtigte Verlegung von Bundesbehörden nach Berlin.

Natürlich sei die Bildung des Oststaates eine unbestreitbare Tatsache, mit der man künftig zu rechnen habe, aber ebenso selbstverständlich schliesse diese Tatsache keinerlei Verpflichtung zu irgendeiner formalen Anerkennung ein. Im Grunde sei nur der Zustand in eine Form gebracht worden, der seit vier Jahren bestehe und der auch unter der Luftbrücke fortgedauert habe. An der grundsätzlichen Situation habe sich also nichts geändert. Schumacher warnte auch bei dieser Gelegenheit vor der sogenannten Koordinationspolitik, ein sehr aktuelles Schlagwort, mit dem jetzt von vielen Seiten höchst undurchsichtige politische Geschäfte getrieben würden. Diese Form der Politik sei nichts anderes als eine neue Abwandlung der bekanntlichen östlichen Annäherung und Infiltrationsabsicht. Der ostdeutsche Außenminister

Dertinger habe diese Art der Politik als "die Gelegenheit" bezeichnet, "von innen heraus alle die Dinge, die sich im Westen abspielen, zu beobachten und den Ereignissen im Osten nutzbar zu machen". Das sei deutlich genug. Die Politik sei also mit anderen Worten eine Berührung mit dem Westen, herbeigeführt in der Absicht, das bekannte "einheitliche Deutschland" östlicher Prägung vorzubereiten. Wie gefährlich diese Konzeption sei, zeige sich daran, dass schon wieder einige westdeutsche Politiker auf diese Melodie hereinzufallen begännen, die schon früher bei ähnlichen Versuchen, z.B. der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz, bedenklich anfällig gewesen waren.

So sei es also notwendig, auf der einen Seite den Tatsachen und den wirtschaftlichen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, aber genau so erforderlich, alles zu vermeiden, was auch nur von ferne wie eine Anerkennung dieser den Bewohnern Ostdeutschlands aufgezwungenen Regierung aussehen könnte. Schumacher erklärte: "Wir müssen uns um die östlichen Märkte genau so bemühen wie um die westlichen. Aber es darf dabei unter keinen Umständen eine Ostorientierung unserer Wirtschaftspolitik herauskommen."

Ostregierung und Berlin

Die wichtigsten Themen der Sitzung des Parteivorstandes

(sp. Bonn, 23. Oktober 1949)

Am 22. und 23. Oktober 1949 tagte in Bonn der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Zur Beratung standen

allgemeinpolitische Fragen, in Sonderheit soweit sie sich aus der Bildung der Ostzonenregierung und der Berlinhilfe ergeben,

eine Erörterung der pressepolitischen Situation in Deutschland und einige andere parteiinterne Gegenstände.

Zunächst hielt der Vorsitzende der Partei, Dr. Kurt Schumacher, ein Referat über das Verhältnis Westdeutschlands zur Ostzonenregierung und zum Berlin-Problem. Die westdeutschen Beziehungen zum Oststaat seien prinzipiell nicht völkerrechtlicher Natur.

Vor allem trügen auch die Handelsverträge zwischen Westen und Osten binnenwirtschaftlichen Charakter. Trotzdem dürfe dieses

wichtige Aufgabenfeld nicht allein von der Bürokratie bestellt werden, vielmehr sei die Regierung dafür voll verantwortlich und

das Parlament habe seine Kontrollfunktion auszuüben. Die Tatsache der Bildung des Oststaates schliesse keinerlei formale Anerkennung

ein.

Schumacher wandte sich entschieden gegen eine "Koordinationspolitik" mit dem ostdeutschen Satellitenstaat.

Über den letzten Stand der Berliner Verhandlungen berichtete ausführlich Oberbürgermeister Professor Reuters. Er schilderte

die ausserordentliche Schwere der Berliner Situation und sprach von der offensichtlich gewachsenen Bereitschaft der Regierung,

wirkliche Hilfe zu leisten. Unbedingt notwendig als Voraussetzung für diese praktische Hilfe sei zumindest die De-facto-Anerkennung

Berlins als ^{zwölftes} Bundesland, wenn schon die formale staatsrechtliche Anerkennung im Augenblick zu grosse Schwierigkeiten bereite.

Der Parteivorstand stellte sich einmütig auf den Standpunkt der Darlegungen Ernst Reuters und wird dafür eintreten, dass

die Bundesregierung an ihre nachgeordneten Dienststellen die Anweisung gibt, Berlin praktisch so zu behandeln, als ob es zwölftes

Land des Bundes sei. Oberbürgermeister Reuter kannte die Wirtschaftsstruktur der Stadt gesund, die Schwierigkeiten seien mehr durch

Zeit und Umstände bedingt. Mit allergrösster Schnelligkeit müsse man aber die Erwerbslosenziffer von 250.000 auf zunächst höchstens 100.000 senken.

Fritz Heine berichtete ausführlich über die sehr erschwerte Pressesituation der jüngsten Vergangenheit. Er stellte dabei den

grossen Schuldanteil der westalliierten Pressepolitik heraus. Sie habe die Rückgabe rechtmässiger Eigentums von Druckereien

und anderen Zeitungsbetrieben praktisch unmöglich gemacht. Durch rigorose Druckverträge, die man ihnen zu schliessen gestattete,

hätten frühere nationalsozialistische und andere sehr unzuverlässige Druckereibesitzer in der kurzen Zeit seit Bestehen der

sogeannten Lizenzpresse Vermögen verdient, mit denen jetzt eine Fülle kleiner Zeitungen gegründet werden konnte. Über deren poli-

tischen Grundcharakter dürfe man sich nicht täuschen.

Über die Regierungskrise in Rheinland-Pfalz, den Rücktritt sozialdemokratischer Minister und die damit zusammenhängenden

Vorgänge berichtete Franz Bögler. In Kürze dürfte diese Angelegenheit auf einem ausserordentlichen Landesparteitag behandelt und

geklärt werden.

Alfred Nau erstattete einen ausführlichen Bericht über die Kassen- und Organisationslage der Partei.

Zum finnischen Parteitag aus Anlass des 50-jährigen Bestehens der finnischen Sozialdemokratie am 29.10. werden Reich

Jllenhauer und Andreas Gayk nach Helsinki fahren. Die nächste Parteivorstandssitzung und Parteiausschusssitzung wird vom 16.

bis 18. November in Horne/Westf. stattfinden.

Der Stand der Berlin-Frage

P.R. Bonn, 23. Oktober 1949

Nach dem, was man am Wochenende in Bonn von einer sehr zuständigen Stelle erfuhr, sind die internen Verhandlungen über die Berlin-Hilfe am Sonnabend doch noch weiter gediehen, als die erste grundsätzliche und etwas allgemein gehaltene Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Vertretern Berlins vermuten liess, die am Freitag durch den Bundeskanzler und den Finanzminister in Umrissen bekanntgegeben worden war. Am Freitag hatte der Abgeordnete Wehner (SPD) gesagt, die Bundesregierung hätte auch zum Ausdruck bringen sollen, dass Berlin bereits heute so zu behandeln sei, "als ob" die Stadt das zwölfte Land der Bundesrepublik Deutschland sei. Der Verwirklichung dieser wichtigen Forderung scheint man sich inzwischen um einen guten Schritt genähert zu haben.

Die Frage des "als ob" hat in den Verhandlungen der letzten Tage eine erhebliche Rolle gespielt. Es ist so gewesen, dass alle Bemühungen um eine Aufbesserung des wirtschaftlichen und finanziellen Standes der Stadt besonders unter dem Hinweis immer wieder erschwert wurden, Berlin sei nun einmal nicht Teilgebiet des westdeutschen Bundes und mache diese oder jene Massnahme, die vorgeschlagen wurde, zunächst unmöglich. Unter diesen Umständen ging das besondere Anliegen der Berliner Vertretung dahin, die staatsrechtliche Situation Berlins zu klären. Konnte das nicht in aller Form und Verbindlichkeit geschehen, so musste ein Ausweg gefunden werden, der die formalen Bedenken - die leider nicht allein und nicht einmal in erster Linie von alliierter Seite erhoben wurden - umging und de facto den unbedingt notwendigen Zustand gleicher staatsrechtlicher Voraussetzungen für Westdeutschland und Berlin schuf.

Auch die andere Frage, von den Berliner Vertretern sehr dringlich gestellt, ob und wie weit die Bundesregierung grund-

sätzlich bereit sei, Bundesbehörden nach Berlin zu verlagern, ist seit langem Gegenstand von Gesprächen, ohne dass bisher Klarheit darüber bestand, wie die Regierung dies zu tun gedenke. Auch hier scheint sich am Sonnabend eine gewisse Klärung in der Form einer prinzipiellen Zusage von Regierungsseite ergeben zu haben, ohne dass freilich schon gesagt wurde, um welche Behörden es sich dabei voraussichtlich handeln werde. Es ist nur zu wünschen, dass man sich nicht auf eine Massnahme mit guter äusserer Wirkung, im Sinne der von Goebbels erfundenen "politischen Optik" beschränkt, sondern dass etwas geschieht, was auch praktisch Gewicht hat.

Den breitesten Raum in den Gesprächen über die Berlin-Hilfe haben vor allem wirtschaftliche und finanzielle Massnahmen eingenommen. Darüber wurde am Freitag im Plenum des Bundestages mancherlei, auch Konkretes, gesagt: Die Erklärung Berlins zum Notstandsgebiet, die Vergebung öffentlicher Aufträge nach Berlin, die Bevorzugung der Stadt bei der Vergebung von Bauleistungen durch die Landesregierungen und die Besatzungsmächte, die Errichtung einer Bundesausgleichsstelle für öffentliche Aufträge, Steuererleichterungen, u.a.m. Ungewiss blieb bis zuletzt das sehr wichtige Problem der Rediskontierung der für eine Aufwertung der Sparkonten um mindestens fünf Prozent notwendigen Beträge - gegenüber den von den von vornherein gültigen 6,5 Prozent im Westen. Ohne die Bank Deutscher Länder ist in dieser Sache aber nichts zu machen und von dort kamen zunächst nicht unerhebliche Schwierigkeiten. Sie sind aber, wie man hört, nach dem letzten Stand der Dinge auch erheblich schwächer geworden und sie können vermutlich ganz beseitigt werden. Darüber hinaus bestehen bessere Aussichten darauf, dass das Berliner Etat-Defizit gedeckt werden kann. Über alle diese Einzelheiten der im Grundsatz beschlossenen Berlin-Hilfe ist aber noch keine endgültige Entscheidung gefallen.

Nach einer Bemerkung von Oberbürgermeister Reuter kann man das, was in der Berlin-Frage bis jetzt im letzten Abschnitt der Verhandlungen erreicht worden ist, vielleicht als einen fünfzigprozentigen Erfolg bezeichnen. Leider ist kaum zu übersehen, dass während eines Abschnittes dieser Verhandlungen zwei der westlichen Alliierten grösseres Verständnis für die Notwendigkeiten Berlins gezeigt haben als manche deutsche Stellen, wenn sich das Bild in dieser Hinsicht auch zuletzt etwas gebessert hat.

Berlin ist in der Bekämpfung seiner besonderen Notlage ein gutes Stück vorangekommen. Aber es ist noch lange nicht über den Berg, erklärte Ernst Reuter. Das nächste Ziel ist, von der schrecklichen Ziffer von 250.000 Erwerbslosen in den Westsektoren, der sechs Millionen in den Westzonen entsprechen würde, möglichst schnell herunterzukommen. Die Berliner Wirtschaft ist in ihrer Struktur immer noch gesund. Ihre Schwierigkeiten sind vorwiegend durch die besonderen Zeitumstände bedingt. Das lässt die Situation bei all ihrer Schwere und trotz der notwendigen Zurückhaltung bei der Beurteilung der künftigen Entwicklung durchaus nicht hoffnungslos erscheinen.